

Wirtschaft

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Wirtschaft" erscheint mit sämtlichen Beilagen sowie "Soll und Seht". Es ist Substitutions-Organ der ermäßigten u. erweiterten Organisationsform. Vertriebsstellen: W. Märkerstraße 4, Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24605, 24657, 26003. Persönliche Zustellung mittags von 1 bis 2 Uhr. - Unverändert einbezahnen Abonnenten ist kein Besondere beizufügen

Bezugspreis monatlich 2,00 RM, u. 0,30 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,30 RM. für Abholer wöchentlich 0,20 RM. Belegungspreis 2,30 RM. durch Postboten geschickt 2,70 RM., bei direkter Einlieferung an den Bestellen 2,00 RM. - Einzelpreis 15 Pf. im Restloos und 10 Pf. im Restloos bei 100 Stück. Druckerei: Druckerei G. Märkerstraße 4, Nr. 24605, 24657, 26003. Postfach 2011, Halle

Wieder eine neue Schreckenskunde

Schweres Bergwerksunglück bei Saarbrücken

110 Tote, davon 97 geboren

Die Opfer der Hilsdorfer Katastrophe waren am Sonntag noch nicht restlos der Erde übergeben, als eine neue Schreckenskunde wie ein Lauffeuer durch die Gegend lief. Eine Schlagwetterkatastrophe hatte die vierte Schicht der in der Nähe von Saarbrücken gelegenen Maybach-Grube beinahe vernichtet. Sie forderte annähernd 100 Menschenleben. 88 Tote wurden bereits bis Sonntagabend 9 Uhr geboren. 4 Tote befinden sich noch unter Lager, da sie noch nicht geborgen werden konnten. Außerdem befinden sich 21 Schwerverletzte in den Krankenhäusern, von denen 5 kaum mit dem Leben davonkommen dürften.

Die französische Grubenverwaltung gibt über die Katastrophe folgenden Bericht: Am Sonntagabend, den 25. Oktober, gegen 14 1/2 Uhr, ereignete sich in der vierten Tiefbauschicht der Grube Maybach eine Schlagwetter-Rohlenstaubexplosion. Die beiden Abteilungen der Steigerabteilung 9 wurden von der Explosion durchschlagen. Sie saugte aber auf die benachbarten Abteilungen nicht übergriffen, da die Gesteinsstaubstreuung in Zeitigkeit trat und auch die Gesteinsstaubstreuung das weitere Ausbreiten der Explosion verhinderte. Da die Weiterführung nicht gesichert wurde, konnten die Rettungsarbeiten sofort aufgenommen werden.

Als die Katastrophe vor sich ging, befanden sich etwa 70 Menschen in der Grube. Ungefähr 110 wurden von der Katastrophe betroffen. Nur wenige von ihnen konnten gerettet werden oder sich selbst retten. Am Ort fielen es nach den Schätzungen der wenigen Überlebenden fünfzig auf.

In wenigen Augenblicken haben schlagende Wetter die Arbeit im Bergwerk zerstört. Ein schwerer Brand von 30 Meter Tiefe, etwa 5 bis 6 Meter Höhe, herrschte den Weg zu den Leuten. Die Rettungsmaßnahmen lieferten aus der Tiefe Gerettete, Kohlenverkauf, mit verschlossenen Gefäßten zurück.

Zwei Schächter wurden unter ersten Bergrettungsmaßnahmen durch ihre Kameraden zu Tage gebracht; der eine, nachdem er kaum 50 Meter durch vordringen konnte. Bisher sind die dichten Wetter noch nicht abgeblasen, so daß auch die inzwischen begonnene bergpolizeiliche Untersuchung über die letzte Ursache der Katastrophe innerhalb der Grube noch nicht beginnen konnte. Man will jedoch unter Beteiligung der Gewerkschaften versuchen, die Unglücksstelle am Montagmorgen zu befreien. Die Erklärung, die sofort nach den ersten Meldungen der Katastrophe fürierte und nach der eine Bergkolonne im Lärden der vierten Schicht erdolchert sein sollte, trifft nicht das Richtige. Die in dem Lärden arbeitenden beiden Kolonnen sind Bergkolonnen. Sicher ist jedoch, daß an dem Explosionsherd wegen der aufsteigenden Schlagwetter fände unter Aufsicht gearbeitet wurde, damit bei Gefahr sofort eingegriffen werden konnte. Der Vorbeur, der die Aussicht kurz vor der Katastrophe leitete, kann seine Beobachtungen selber nicht mehr weitergeben; er ist tot.

Am schwersten ist die Gemeinde Lutzerath von der Katastrophe betroffen. Hier hat das fürchterliche Unglück in fast jeder zweiten Familie eine schwere Wunde gerissen. In mehreren Fällen gingen Vater und Sohn gemeinsam in den Tod. Ein Teil der Opfer ist so verstümmelt, daß er wahrscheinlich nicht identifiziert werden kann. Am Sonntagabend wurden bereits die ersten Leichen angefahren. Am Mittwoch soll nach einer gemeinsamen Anwesenheit in dem Verbleib der Grube die Beisetzung der Opfer in einem Massengrab erfolgen.

Zusende und aber Zusende von Zeugnissen sind inzwischen an die Direktion und den Betriebsrat der Unglücksgrube gelangt. In allen, wo sie auch bekommen, wird den Hinterbliebenen der Trost

ten und den Verletzten in den Krankenhäusern beileid bzw. Genesung ausgesprochen.

Erste Hilfe für die Hinterbliebenen

Die Regierungskommission des Saargebietes hat zur Binderung der ersten Not der Opfer der Maybachkatastrophe 200 000 Franken zur Verfügung gestellt. Außerdem sind die Kantärte angewiesen, den in ihrem Streife wohnenden Familien, die von dem Unglück betroffen wurden, sofort je 1500 Franken zu überreichen.

Die Arbeitszeit im mitteldeutschen Bergbau

Das Mehrarbeitsabkommen im Kalk- und Braunkohlenbergbau gekündigt

Halle, den 27. Oktober.

Eine von über 500 Betrieben beauftragte Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre beschloß am Sonntag einmütig, das Mehrarbeitsabkommen im Kalk- und im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zum 30. November zu kündigen. Falls diesem Beschlusse Rechnung getragen wird, gilt ab 1. Januar im mitteldeutschen Bergbau die tarifliche Arbeitszeit. Diese ist im Kalkbergbau für die unterirdisch Beschäftigten auf 7 1/2 Stunden einschließlich aller halbständigen Pause für die Tagesarbeit auf 8 Stunden ohne Pause festgesetzt. Im Braunkohlenbergbau würde bei Wegfall des Mehrarbeitsabkommens im Untertagebau die Arbeitszeit 8 Stunden einschließlich aller halbständigen Pause und über Tage die reine Arbeitszeit 8 Stunden betragen. Gegenüber dem jetzigen Zustand würde die Beschäftigung der Mehrarbeit eine Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde bzw. eine Stunde bringen.

Einstellung der Bergungsarbeiten auf Grube Maybach

Wegen der bis zur Unertaglichkeit gestiegenen Höhe in den Stollen sind die Bergungsarbeiten zur Zeit eingestellt worden. Man vermutet noch etwa 10 Bergmännern unter Tage, von denen indes keiner mehr am Leben sein dürfte. Im Laufe des Sonntags sind die Angehörigen der Bergmännern an den Bahnen geführt worden, um die Toten zu identifizieren. Die Beisetzungsfeierlichkeiten sind auf kommenden Mittwoch angelegt.

Für die eingeleitete Räumungsaktion sind in der Gewerkschaftslokalierung besonders arbeitsmarktpolitische Erwägungen maßgebend gewesen. Es wurde vor allem betont, daß umgekehrte große und gefährdende Arbeitslosigkeit nur gemindert werden könne durch einen Fortfall der Mehrarbeit. Abgesehen von diesen sozialpolitischen Rücksichten sei die Arbeitszeitverkürzung im mitteldeutschen Bergbau auch wirtschaftlich tragbar, wie die gestiegenen Förderergebnisse sowie die günstigen Geschäftsbahis für den letzten Jahre erkennen lassen.

Die gegenwärtige Arbeitslosennot erfordert, so wurde wiederholt betont, zu ihrer Befreiung außerordentliche Maßnahmen und lege vor allem den Unternehmern nach den Ergebnissen des bergbaulichen Referatsjahres 1929 besondere soziale Verpflichtungen auf, denen sich private Gewinnsinteressen unterordnen müssen.

Für Anschluß Oesterreichs an Deutschland

Die Wiener Sozialdemokratie veranstaltete am Sonntag in den 10 größten Sälen Wiens Massenfundgebungen für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland. Es sprachen unter anderem Lohse, Breitfisch und Crispian von der deutschen Sozialdemokratie.

Reichspräsident Lohse wurde überall einstimmig begrüßt. Er führte u. a. aus: Freiheit und Selbstbestimmung nach innen für die Bürger des eigenen Staates ist untrennbar verbunden mit der Freiheit und Selbstbestimmung eines Volkes nach außen. Aber die demokratischen Rechte des eigenen Volkes beruht, wird bezüglich im Gleichberechtigung an die Welt appellieren. Nicht rindwärts den Kopf gewandt zur Monarchie und Döbuburger Herrschaft, nicht seitwärts zu dem Faschismus, der die deutschen Brüder in Tirol unterdrückt, sondern

vordwärts zur großdeutschen Republik,

die von den Alpen bis zur Nordsee, von der Donau bis zum Rhein das Recht und die Freiheit des Bürgers wahren soll. Euer Heimwehgefühl hat gedröh, daß die Köpfe eurer Führer in den Sand stoßen. Eure Führer sprecht die Drohung nicht. Auch wenn es hart auf hart geht, werden wir in der vorbereiteten Reihe des Proletariats stehen und nicht in das Ausland verschwinden, wie andere Führer zu anderen Zeiten. Unsere Köpfe können fallen, aber euch Laufende, euch kann man nicht entzupfen. Ihr verteidigt die großdeutsche Republik der Zukunft."

Breitfisch, ebenfalls stürmisch begrüßt, erklärte zunächst, daß die deutsche Sozialdemokratie keinen schließlichen Wunsch kenne, als daß sich die beiden Völker über ihre Grenzen hinweg die Hände reichen mögen; denn wir sind nicht zwei Völker, sondern ein Volk. Erst dann, wenn die Gemütsheit besteht, daß

Deutschland und Oesterreich im Herzen Europas einen Völk der Freiheit, der Demokratie, des Sozialismus, einen Völk des Friedens bilden, dann hat dieser Anschluß einen Sinn, wie wir ihn ihr gegeben haben. Sorgen wir dafür, daß am 1. November auch in Oesterreich die Wahlen einen guten Ausgang nehmen."

Crispian stellte mit Genugtuung fest, daß auch in Teufelnd der Faschismus es nicht vermocht habe, die feste Front der Sozialdemokratie zu durchbrechen; "Wie bei uns, so kämpft auch ihr, die Sozialdemokratie gegenwärtig um die Erhaltung der Erwerbslosen, die Vorbereitung sind für die wirtschaftliche Befreiung des Proletariats."

Die Reaktion wird auch hier nicht ohne Erwägungen vernachlässigen können, weil sie zuerst das Proletariat vernichten müssen. Willst du können die einzige Proletariats menschen, wie das in Deutschland und in Oesterreich schon so oft geschehen ist, aber das Proletariat selbst werden sie nicht überwinden. Es wird keine geschäftliche Aufgabe erfüllen und mit unterirdischem Mut vordringen für die unterdrückte Freiheit."

Der neue Haushaltsplan

Starke Bedenken der Sozialdemokratie

Die Reichsregierung hat am Freitag den Entwurf des Haushaltsplans für 1931/32 veröffentlicht. Er soll in Einnahmen und Ausgaben mit 10 1/2 Milliarden balancieren. Da der Reichshaushalt für das laufende Jahr 1930/31 die Höhe von rund 12 Milliarden erreichte wird, so würde das eine Senkung der Reichseinnahmen und -ausgaben um rund 1500 Millionen bedeuten.

Um die Richtigkeit dieser Angaben nachzuprüfen, muß man genauere Zahlen als die bisher veröffentlichten abwarten. Einstweilen haben wir den Eindruck, als ob die Rechnung der Regierung eine Fülle von sachlichen und politischen Fehlern enthält. Wir glauben insoweit nicht, daß die Angabe der Höhe des künftigen Haushaltsbedarfs richtig ist, wie schon auch in den Vorjahren der Regierung noch keine Sicherheit für die Ausbalancierung des Reichshaushalts.

Die sachlichen Fehler in der Rechnung der Regierung befinden sich sowohl in der Schätzung der Einnahmen, als auch in der der Ausgaben. Bei den Einnahmen treten zu dem Ausfall infolge Rückgangs der Steuererträge sowie der Verminderung der Vermögenssteuer, der Aufbringungsumlage, der Umsatzsteuer, der Kapitalertragsteuer und der Obligationensteuer noch andere Mängel hinzu. Es werden in der Hauptlage herangezogen durch den Fortfall von einmaligen Einnahmen, die nur im Jahre 1930 erzielt wurden, die für das Jahr 1931 aber nicht in Frage kommen. Das sind 175 Millionen. Dazu treten 50 Millionen aus dem Fortfall von Reichsanleihertragserträgen, da nicht 150, sondern 200 Millionen in diesem Jahre aus dem Verkauf erzielt wurden. Die Aufnahme der Kapitalertragsteuer dürfte nicht 60, sondern 100 Millionen kosten. Bereits auf der Einnahmenseite seiht sich also eine Verschlechterung von 265 Millionen gegenüber den Angaben der Regierung.

Wichtige Rechenfehler scheinen sich auf der Ausgabenseite zu befinden. Die Verminderung der Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung beträgt nicht 500, sondern 575 Millionen. Der Aufwand für die Arbeitslosenversicherung ist angelegt der dauernd steigenden Zahl von Arbeitslosen, die empfangen mit 420 Millionen wesentlich zu niedrig angesetzt. Vor allem aber sind die Kürzungen an den Überweisungen für Länder und Gemeinden kaum durchführbar, da sie bei den steigenden Wohlfahrtskosten der Gemeinden deren Finanzen vollkommen zerrütten würden. Die Beamtengehälterföhrung ist demgegenüber keine hinreichende Entlastung. Selbst die Finanzprognose der Steuerquellen für die Gemeinden aus der Rotverordnung könnte kein ausreichender Erfolg sein.

Aber weit wichtiger als diese sachlichen Fehler scheint uns die Tatsache zu sein, daß einseitigen die Regierung kaum für irgendeinen ihrer Vorschläge eine sichere Mehrheit hat. Gegen die Heraushebung der Freigrenze bei der Vermögenssteuer von 5000 auf 20 000 RM., gegen die Freilassung der Umlage unter 5000 RM. von der Umsatzsteuer wird man entscheidende Bedenken nicht geltend machen brauchen. Trotzdem bleibt die Frage, ob der jetzige Augenblick der Finanznot der richtige ist, um solche Steuerermäßigungen vorzunehmen, zumal die Sparpolitik an Verwaltungskosten sich erst in späteren Jahren auswirken können. Wichtig ist stärker die Bedenken gegen die Verminderung der Aufbringungsumlage um 120 Millionen, gegen den Fortfall der Kapitalertragsteuer und der Obligationensteuer. Das sind einseitige, in erster Linie den Großsteufern entlastende Maßnahmen, die in der jetzigen Zeit überhaupt nicht verdinglich sind. Billig ablehnen steht die Sozialdemokratie dem Fortfall der Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung gegenüber, obwohl sie Erhöhung der Beiträge auf 6 1/2 Prozent im Jahre 1931 höher geringere Zuschüsse vom Reich verlangen wird als 1930.

Einstweilen aber handelt es sich bei den Vorschlägen der Regierung um Pläne, die zwar im Zusammenhang mit den 2 1/2 Dutzend geplanten anderen Gesetzentwürfen in den nächsten Monaten Reichstag und Reichsrat sehr ausgiebig beschäftigen werden, deren Verwirklichung aber wohl kaum ohne große Änderungen möglich sein dürfte.

Das Recht freiwilliger Weiterversicherung in der Krankenversicherung

Das Volksblatt zieht um.

Es hat für unsere Leser aber noch keinen Wert, daß die neue Adresse zu merken. Neue Briefbogen und Umschläge für unsere Mitarbeiter sind auch noch nicht in Druck gegeben. Diese an sich nicht ganz begriffliche Zustimmung der Geschäftsleitung hat offenbar seinen Grund darin, daß der Wöbelwagen von dem Ratis geftellt, daß aber dort durchaus nicht verraten wird, was für ein Umzug nun eigentlich geht. Das wiederum hat seinen vernünftigen Grund darin, daß die „Arbeiterpartei“ des Herrn Hüter wegen parlamentarischer Schwierigkeiten die Gründung des „Dritten Reiches“ bis zum Eintritt besserer Witterung verschoben mußte, also über die Programmfolge des Umzugs selbst noch kein ganz klares Bild besitzt. Summa nach den bisherigen Besprechungen des „Df“ am Tage des jüngsten Oberbenglermarsch n o d a n d e r e P u n k t e das Interesse der Beteiligten und Unbeteiligten mehr oder minder fesseln dürften.

Der Leser ahnt offenbar schon, daß es sich bei der Aktion um keinen freiwilligen Umzug des „Volksblatt“ handelt, etwa deshalb, weil ihm die Räume in der Dr. Märkerstraße zu eng werden, sondern um eine Art Deportation. Das „Volksblatt“ wird umgeköpft. Mehr als uns und der „Kampf“ in seiner letzten Ausgabe verrät, wissen wir selber nicht. Aber immerhin soviel, daß unser „Vater“, — wenn Deutschland erst wieder den Deutschen gehört, — einen armen Wirtshausbesitzer „guter“ wird, der durch die Schuld der Großmutter und die unferre als deren Bekamtschef seine Existenz verlor hat. — „Der oder will ganze S ch e i b e n in seinem Laden haben“.

Das ist schon ein Grund, die Schaufenster lediglich deshalb zu schonen, weil man die Geschäfte haben will. Und zum Schluß sagt das Nachrichtenblatt, das uns neuerdings überhaupt nicht anders als „Kleinblatt der Sozialisten“ (!) bezeichnet: „Wir deutschen Arbeiter (in Augsburg!) Red. d. „V.“ haben dann nur noch Wähler, die unsere Interessen vertreten und sich keine Kapfenberger über das Wohlwollen und die Schaufenster der Postkassan machen.“

Siehe! Ja, den nur noch! Sie sind überhaupt die reinen Duden, diese Nazis. Denn wie soll man es anders bezeichnen, daß sie jenseit Dummheit und Unverständlichkeit am eigenen Seie verpinnen müssen. Wir wollen aber nicht jenseitend sein.

Entbehrungslohn.

Nur 10 Prozent Dividende bei „Amnenborfer Papier“.

Die Zeiten sind fürchterlich, das Volk schreit nach Brot und Arbeit. Schwarz man muß man, so können wir möglichst wurde in der Industrie und Handwerksbetriebe vor einem Jahre demont. Sie tun das reichlich, die Herrschaften von Altie und Lanteme. Unsere Wirtschaftslage ist nach den allgemeinen Berechnungen so schlecht, die Lage unserer Industrie geradezu verheerend schlecht. Unsere Fabrikbetriebe und Arbeiterbetriebe sind zu bedauern. Auch die Amnenborfer Papierfabrik gibt dieses Jahr nur 10 Prozent Dividende auf dieses 12 Prozent im Vorjahre. Der Generaldirektor Dr. Zell hat die Besondere Mängelte das auf der Generalversammlung der Aktionäre und beschwerte sich bitter über den geringen Ertrag seiner „Arbeit“. Der Aufsichtsratsvorsitzende tröstete den guten Mann. Es seien ganz besonders hohe Abschreibungen vorzunehmen. Das sei eine Notwendigkeit, denn in dieser Zeit, in der Industrie und Landbau so fabelhaft fortgeschritten, wäre es sehr bald möglich, neue Maschinen anschaffen zu müssen. (!) Also verordnete Aktionärsversammlung trotz allem. Es man bei der schmerzlichen Lage wieder zu einer Erhöhung der Dividende kommen werde, sei unerwünscht.

Kame, amne Amnenborfer Aktionäre. Da haben es die Rohle-Altenbürger von Alsdorf doch besser, als die Papierfabrikanten-Gente von Amnenborf. Den Aktionären sind ihre 14 Prozent Dividende sicher, trotz der 250 Toten.

Falschismus und Arbeiterklasse.

Morgen, Dienstag, abend 8 1/2 Uhr im kleinen Saal des „Volksplatz“ Versammlung aller freigeistlich organisierten Betriebsräte, Gewerkschaften und Betriebskomitees der Gewerkschaften.

Bortrag des Genossen Engelbert Graf über „Falschismus und die Arbeiterklasse“.

1. Ortsbezirk der SPD. Donnerstag, den 30. Oktober, abend 8 Uhr, im „Reichs-oder“ Mitgliederversammlung.

Es dringens notwendig, daß alle Genossinnen und Genossen erscheinen.

Wer aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung aussteigt, hat das Recht, sich innerhalb drei Wochen weiterzuversichern, sofern die Versicherung unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen oder in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen bestanden hat. Dieses Recht, das den Versicherten seit Bestehen der Reichsversicherungsordnung zusteht, hat durch die Verordnung vom 26. Juli 1930 eine bedeutende Ausweitung und Umänderung erfahren.

Wenn ein Rassenmitglied stirbt, kann der überlebende Ehegatte, sofern er nicht selbst auf Grund eines Reichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert ist, die Mitgliedschaft unter denselben Voraussetzungen und in derselben Weise wie ein Mitglied fortsetzen. Der überlebende Ehegatte eines verstorbenen Rassenmitglieds kann also in diese Mitgliedsrechte und -pflichten eintreten.

Voraussetzung ist dabei, daß in der Person des Verstorbenen die Voraussetzungen für die Weiterversicherung erfüllt waren. Der Verstorbene muß also entweder unmittelbar vor seinem Tode mindestens sechs Wochen oder in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen versichert gewesen sein. Es sind Zweifel darüber aufzuheben, ob dem überlebenden Ehegatten das Recht zur Fortsetzung der Mitgliedschaft nur dann zusteht, wenn der verstorbene Versicherte Mitglied der Krankenkasse war, oder auch dann, wenn er weiterversichert war, oder der Krankenkasse als freiwilliges Mitglied angehört. Die Frage wird dahin zu entscheiden sein, daß dem Ehegatten das Recht in allen Fällen zusteht.

Was ist nun zur Ausübung des Versicherungsrechtes zu tun?

Der Ehegatte kann sich nur in derselben Weise wie ein Mitglied weiterversichern. Der Ehegatte muß also binnen drei Wochen nach dem Tode des Versicherten der Krankenkasse gegenüber eine Erklärung abgeben, daß er die Mitgliedschaft des Verstorbenen fortsetzen will. Inwieweit wird er dies in der ersten Woche nach dem Tode tun, hat er selbst zu entscheiden, wegen der Strafbestimmungen für die zweite oder dritte Woche nach dem Tode. Es ist zu empfehlen, dieses Ansuchen an die Rassenleistungen vorzunehmen. Dies ist für die Ehegatten von besonderer Wichtigkeit, da sie nicht den Versicherungsschutz genießen, bis sie sich innerhalb für eine gewisse Zeit nach dem Tode ausgeben aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung aus. Erklärt der Ehegatte der Krankenkasse schriftlich, daß er die Mitgliedschaft des Verstorbenen fortsetzen will, so tritt er in dessen Rechte und Pflichten ein. Regelmäßig gehört er derselben Lohnklasse an, in welcher das verstorbene Mitglied versichert war.

Er kann jedoch, entsprechend seinen Einkommensverhältnissen, seine Versicherung in eine andere Lohnklasse beantragen. Ist für die Fortsetzung der Mitgliedschaft durch den überlebenden Ehegatten eine Erweiterung des bisherigen Rechts geschaffen, so hat das Recht der Weiterversicherung eine Umgestaltung erfahren durch die Fortschritt, daß Weiterversicherungsberechtigte und Weiterversicherte grundsätzlich bei der für ihren Wohnort zuständigen Krankenkasse versichert sein sollen. Zugleich ist für die weiterversicherten Mitglieder einer Ortskrankenkasse die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Mitglieder einer Landkrankenkasse, für die Landkrankenkasse des Wohnortes. Bleibt am Wohnort keine Ortskrankenkasse, so tritt die Landkrankenkasse an ihre Stelle und umgekehrt. Der Übergang zu der zuständigen Krankenkasse erfolgt in jedem Falle, also gegen den Willen des Versicherten. Anders ist es bei den Weiterversicherungsberechtigten und Versicherungsnehmer. Sie haben die Wahl zwischen der bisherigen Krankenkasse und der für ihren Wohnort zuständigen allgemeinen Ortskrankenkasse bzw. der Landkrankenkasse.

Da der Übergang zu der neuen Krankenkasse kraft Gesetzes erfolgt, kann an sich eine besondere Werbung bei der neuen Krankenkasse nicht gefordert werden. Diese Frage ist jedoch noch nicht geklärt. Die Versicherten werden daher in jedem Falle gut tun, sich sofort nach dem Bestehen des Wohnortes oder der neuen für sie zuständigen Krankenkasse zu melden. Bei der Regel wird die bisher zuständige Krankenkasse außerdem eine Benachrichtigung der neuen Krankenkasse vornehmen.

In Zweifelsfällen ist es auch ratsam, sich bei der bisherigen Krankenkasse Auskunft zu holen, ob eine Änderung in der Krankenkassenzugehörigkeit eintreten muß. Zu beachten ist, daß die Vorschriften über die Zugehörigkeit zu der Krankenkasse des Wohnortes auch für die Fälle gilt, in denen ein Versicherte aus der versicherungspflichtigen

Beschäftigung aussteigt und seinen Wohnort wechselt, ehe er die Erklärung zur Weiterversicherung abgegeben hat. Diese Weiterversicherungsberechtigung haben ihre Weiterversicherung nicht mehr ihrer bisherigen Krankenkasse gegenüber zu erklären, sondern gegenüber der für ihren Wohnort zuständigen. Dabei werden sie eine Mitteilung der für die Pflichtversicherung zuständigen gemeinsamen Krankenkasse über die Dauer ihrer Mitgliedschaft vorzulegen haben. Es besteht die Möglichkeit, in solchen Fällen beim Aussteigen aus der Beschäftigung von der Krankenkasse eine solche Mitteilung abzufordern, damit nicht unnötige Schwierigkeiten entstehen.

Zur Schließung sei darauf hingewiesen, daß die Vorschriften über den Wechsel der Krankenkasse nur für die Weiterversicherungsberechtigten und die Weiterversicherten gelten, nicht auch für die

jenigen, welche einer Krankenkasse als freiwillige Mitglieder beigetreten sind. Diese bleiben Mitglieder ihrer Krankenkasse, auch dann, wenn sie nicht im Rahmenbereich wohnen. Zwischen einer großen Zahl von Ortskrankenkassen ist jedoch ein Abkommen geschlossen worden, wonach der Übergang solcher freiwilligen Mitglieder zu der Krankenkasse ihres Wohnortes möglich ist. Wer seinen Wohnort zu der für den Wohnort zuständigen Krankenkasse wechselt, muß dies bei seiner Krankenkasse beantragen. Soweit dies von der Krankenkasse des Wohnortes dem Abkommen beigetreten sind, wird der Rassenwechsel regelmäßig möglich sein; ein Recht darauf besteht jedoch nicht. Es steht jedoch zu erwarten, daß die künftige Beisehung der freiwilligen Mitglieder ein solches Recht einräumt. S. H. A. e. Halle.

Das Reichsbanner marschiert

Eine republikanische Kundgebung im Saalkreis

Halle, den 27. Oktober.

Die Ortsgruppe Halle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gab gestern mit einigen Frauen und einer Abteilung ihren Führern das Geleit zu der Kreisabtagung des Reichsbanners in Raundorf (Saalkreis). Vom Generalsekretärsbüro erfolgte unter Vorantritt des prächtigen Spielmannszuges der Ammeritz, die vielgestalteten Reichsfarben zeigten sich wieder auf der Straße, eine sehr entzückende Truppe folgte ihnen. Dieser erste Marsch nach längerer Zeit mit einer kleinen Abteilung hat überaus glücklich gewirkt. Verdieblich konnte ihr Erscheinen und ihre Abreise nicht hindern. Der Hauptgeschäftler, Geschäftsführer D. S. u. h. a. n. n., Trosther, mußte sich nicht anders zu helfen, als die Hand in Sittlermanier zu erheben und „Bei Dittler“ zu rufen. Diejem Mann müssen die Republikaner mit richtiger Miene zusehen, wie die Arbeiter verdrängen will, der soll davon ihnen nicht feindlich Zögern. Die Reichsbanner gab es mehrere, aber wohlüberlegt ist die Abstellung ihrer Wege. Das Reichsbanner ist kein Schlagschloß. Am Ausgang von Trotha wurde der Marsch abgebrochen und die Autos belassen. Es huppt ja bei auch, verdrängen Volkstänzer zu provozieren, aber auch sie wurden nicht beachtet.

Nach Raundorf ging die Fahrt Schwarzrotgoldene Fahnen und Transparente, Signalhornruhr und begeisterte Schreie auf die Republik trugen sie in manchen Dorf hinein — die Republik steht, wir sind bereit, für sie zu kämpfen. Mancher überhaupte, der da meint, es gäbe nur noch Halbe-

kreuzer und ähnliche „Reute“ frachte sich am Kopf, mancher Republikaner sah mit Begeisterung das Reichsbanner marschieren! Sturmzeichen können die Kämpfer der Republik nicht schrecken, nur aufmuntern!

Führerkongress in Raundorf.

Ernt ist die Zeit. Das Reichsbanner ist heute notwendiger denn je. Die j e m e i n s a m e l u k a l l e r Republikaner, aller reichlich Genannten tut not. Auch Westphal, auch Gerner in den eigenen Lagern leben das ein. In Frankfurt, in Düsseldorf, in Chemnitz und Zeit und vielen anderen Orten herrscht höchste Aktivität, bereitwilligen SPD, Gewerkschaften und Reichsbanner, gemeinsame Kundgebungen. Überall fordert die Partei ihre Mitglieder auf: Sinein ins Reichsbanner, werdet aktiv! Auch im Saalkreis macht die Verbindung zwischen SPD und Reichsbanner Fortschritte. Das zeigte die Anwesenheit verschiedener Parteivorständen von Ort zu Ort. Die Reichsbanner ebenfalls den Vorzug führen. Einmütig wurden die Führer neugewählt. Worte des Gedenkens für die Toten von Alsdorf und Marbach. Ein Umzug durch Raundorf unter Vertretung der Delegierten der Gruppen des Reiches betonte die Veranlassung in Raundorf. Seinemwärts ging weiter. Wieder ratterten die Fahnen durch die Dörfer wieder hunderte Rufe und Signal. Das Reichsbanner marschiert — trotz aller Däse und trotz aller Schandung, wir stehen zur Republik und wir kämpfen für sie.

Die Preisabbau-Sabotage der Braunkohlenherren

Reichsregierung erzwingt auch die Verbilligung der Hausbrandpreissets

Mit dem ständischen Beschluß des Osthessischen und Mittelhessischen Braunkohlen-Industrials, die Preise für Industriezwecke um 10 Pf. je Tonne zu ermäßigen, dagegen die Preise für Hausbrandzwecke auf ihrer jetzigen Höhe zu lassen, haben die Syndikatsherren ihr wahres Antlitz gezeigt. Die Leiter der Kohlenkongerne in diesen Revieren, die auf eine vierjährige Bilanzkonjunktur mit Riesenerträgen zu erblicken können, denken nicht daran, durch eine allgemeine Senkung der Hausbrandpreise die Massenkaufkraft zu härten, sondern sie verduhlen sich mit der ganz kümmerlichen Abkopplung einer geringfügigen Ermäßigung der Industrie-

preissets der allgemeinen Preisfestsetzung entgegen. Die Reichsregierung konnte diesem ständischen Vorhaben der Braunkohlenmagnaten nicht ruhig zusehen. In der Kabinetsitzung am 26. Oktober wurde mitgeteilt, die Reichsregierung solle sofort Sorge tragen, daß die im Bereich des Mittelhessischen und Osthessischen Braunkohlenreviers vorgesehene Preisfestlegung gleichmäßig auch dem Hausbrand zugute kommt, wie dies im Bereich der übrigen Kohlenreviere bereits durchgeführt ist. Der gegen die Bevölkerung gerichtete Schling kann also noch pariert werden.

Nur 36000 Mark Defizit.

Günstiger Rechnungsabluß für 1929. Der Magistrat legte der Stadtvorordnetenversammlung den Rechnungsabluß der ordentlichen Kammerverwaltung für das Rechnungsjahr 1929 vor. Der Rechnungsabluß weist einen Reibetrag von 36.523,74 Mk. auf. Dieser soll dem Ausgleichsfonds entnommen werden, aus dem bereits 650.000 Mk. im Etat bereitgestellt waren. Der verhältnismäßig günstige Abluß ist nur möglich, weil Staatsverpflichtungen bei einigen Kapiteln durch Minderausgaben und Mehrerlösen bei anderen Kapiteln ausgeglichen werden konnten.

Vorgeschichtliche Funde in der Heide.

In der Heide wurden wiederum vorgeschichtliche Funde bei der Ausführung von Kulturarbeiten gemacht. Es handelt sich um drei große Sandsteinblöcke, an denen eine Bearbeitung deutlich zu erkennen ist. Die nächste Bestimmung des Fundes erfolgt durch die Landesaufgabe für Vorgeschichte, die auch die Freilegung der Steine vorgenommen hat. Die Fundstelle liegt unmittelbar neben der Einmündung des Friedhofsweges in den Sandbergweg. Das etwa vor 2 Wochen am Waldsaat angelegte Steinzeigfeld ist inzwischen mit einem Baum umgeben worden. Es wird als Naturdenkmal in der Form, wie es aufgefunden wurde, erhalten werden.

Spare auch am Weltspartag, 30. Oktober 1930

bei der Stadtsparkasse zu Halle

Bothausstraße 5, Große Brunnenstraße 3a, Bernburger Straße 8, Riebeckplatz, Rennischerplatz, Gesundbrunnen (Ecke Steuben- und Benkendorfer Straße)

Kassenstunden am Weltspartag: 8 bis 20 Uhr

Die mitteldeutschen Katt- und Braunkohlenarbeiter in einer Front

Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet

Eine große Funktionärkonferenz beschließt einstimmig die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens im mitteldeutschen Bergbau

Halle, den 25. Oktober.

Die mehr als 500 Gewerkschaftsfunktionäre, die am letzten Sonntag im "Volksparl" zu Halle versammelt waren, gedachten zunächst in ebendieser Weise der zahlreichsten und schwerverletzten Arbeiter, die Opfer der furchtbaren Grubenkatastrophen in Alshof und Wapdorf wurden. Zumeist Beileid und warmste Teilnahme für die Hinterbliebenen verband sich auch mit den Gedenkreden, die von den Versammelten lebhaft entgegengenommen wurden.

Dann eröffnete der Bezirksleiter des Bergbau-Industriearbeiterverbandes, Kollege Reddigau, die Konferenz mit dem Hinweis, daß sie einberufen worden sei, um zu der

Arbeitszeitfrage im mitteldeutschen Braunkohlen- und Kalibergraben

Erstellung zu nehmen. Das grundsätzliche Referat für die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Lage erstattete der zweite Vorsitzende des Bergbau-Industriearbeiterverbandes, August Schmidt. Er führte u. a. aus:

Braunkohlenkrise, unter

Die weltwirtschaftliche Krise, unter der gegenwärtig fast alle Industrieländer leiden, hat auch die deutsche Wirtschaft und speziell den Bergbau nicht verschont. In welcher Weise der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau davon betroffen wurde, geht daraus hervor, daß

Die durchschnittliche Monatsförderung im letzten Jahre 5,8 Mill. Tonnen, im Februar d. J. nur 4,8 und im Juli 4,6 Mill. Tonnen betrug.

Bei diesem Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Jahr 1929 für die bergbauliche Produktion ein Rekordjahr war. Eine ähnliche Entwicklung ist im ostelbischen Braunkohlenbergbau festzustellen, wo die Monatsförderung im Juli gegenüber Januar d. J. um rund 600 000 Tonnen geringer war, was allerdings zu einem erheblichen Teil auf die warme Jahreszeit zurückzuführen ist. Genau wie im Steinkohlenbergbau haben aber die Unternehmer im letzten Braunkohlengebiet durch Preisfestsetzung und zahlreiche Preisabschnitte es verstanden, die Nachteile der gedrückten Konjunktursituation auszugleichen. Das zeigt besonders die Entwicklung des Förderertrages. Während beispielsweise der Förderertrag im letzten Jahre im westfälischen Gebiet durchschnittlich 8,68 Tonnen betrug, ist er im 1. Quartal d. J. weiter auf 8,79 Tonnen gestiegen. Im ostelbischen Gebiet ist der Förderertrag im gleichen Zeitraum sogar von 9,8 auf 10,4 gestiegen.

Diese Steigerung der Förderleistung wurde, wie erwähnt, vor allem herbeigeführt durch einen Abbau der Belegschaft.

Diese betrug meistens 1929 42 888, Ende März

d. J. dagegen nur noch 34 430 Mann. Aber auch die Effektivlöhne haben eine Verminderung erfahren, indem z. B. der Lohn der Gesamtbelegschaft im Oberbergamtsbezirk Halle 1929 wesentlich der Höhe 7,62 Mk., im 2. Quartal d. J. aber nur 7,50 Mk. betrug.

Die Unternehmer im Braunkohlenbergbau haben also sehr gut verstanden, sich der Krisennotlage zu entziehen. Diese Tatsache bleibt um so bemerkenswerter, als die Geschäftsabstufungen aus dem letzten Jahre ein sehr günstiges Ergebnis aufwiesen.

Es haben z. B. an Dividenden auf Stammaktien aufgezogen:

	1928	1929
Anfallige Kohlenwerte	6%	6%
Braunkohlen- und Braunkohleindustrie (Bauig)	10	10
Braunkohleindustrie Kohlenbergwerke	10	10
"Caroline" bei Döhlen	9	12
Neue Bergbau u. G. R. B.	10	10
Stiebertalener Kohlenwerke	10	10
Preßliger Braunkohlen u. G.	15	15
Wesselsberg	7,2	8,4
Kiebitzberger Braunkohlen u. G.	10	10
Stiebertalener Kohlenwerke	5	10

Diese beachtliche Dividende zeigt, daß die Unternehmer aus dem Rekordjahr sehr gut profitiert haben. Um so selbstverständlicher sollte es daher sein, daß sie auch jetzt ihren Anteil an der schlechten Konjunktur tragen, zumal die Arbeiter nicht in der Lage waren, sich für die Notzeit Reserven zu bilden.

Im Kalibergraben

liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Während man hier in den ersten 9 Monaten des Vorjahres 11,38 Mill. Tonnen förderte, sind es im gleichen Zeitraum d. J. 11,49 Mill. Tonnen.

Trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise ist also hier sogar eine Steigerung der Produktion zu verzeichnen.

Dieser gesteigerten Produktion steht aber eine Verminderung der Belegschaft gegenüber. So waren z. B. im Januar d. J. im Kalibergraben rund 22 000 Bergarbeiter beschäftigt, im September nur noch 18 888.

Steigerung der Förderung bei einer gleichzeitigen Verminderung der Belegschaft bedeutet aber, daß die Rationalisierungsmaßnahmen weiter betrieben wurden und die Lohnkosten je Förderertrag weiter gesunken sind.

Ueber die betriebswirtschaftliche Lage der Kaliberwerke in den beiden verflochtenen Geschäftsjahren gibt nachstehender Nachweis über die Dividenden nähere Auskunft:

	1928	1929
Burba-Neudorf, Magdeburg	12%	12%
Wintershall u. G.	12	12
Kaliberwerke Hagerleben	10	10
Wintershall Sigmundshall u. G.	8	8
Wintershall u. G.	10	10

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß auch die Kaliberwerke das größte Recht darauf haben, ihren Anteil am Produktionsergebnis in Form von besseren Arbeitsbedingungen zu verlangen. Aber abgesehen von diesen wirtschaftlichen Erwägungen — so führte Schmidt weiter aus — ist es vor allem die arbeitsmarktpolitische Notlage, die uns zwingt, die

Arbeitszeitfrage

erneut aufzurollen. Nach dem neuesten Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung betrug nämlich Mitte Oktober d. J. die Zahl der Arbeitslosen über 3,1 Millionen. Diese außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit ist auf die Dauer nicht zu ertragen. Sie ist auch keineswegs nur auf die gegenwärtigen Krisenerscheinungen zurückzuführen. Wie Leistungsergebnisse und Belegschaftsstand im Bergbau erkennen lassen, handelt es sich

bei der jetzigen Arbeitslosigkeit vielmehr um eine Dauererscheinung,

herbeigerufen durch die veränderte Beschäftigungsstruktur. Eine Milderung der Arbeitslosigkeit wird daher nur möglich sein durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Erkenntnis ist es, die uns veranlaßt, in allen Kreisen, wo es möglich ist, die Mehrarbeit zu kürzen.

Aus diesem Grunde schlagen wir auch auch, wie Krameraden, vor, das Mehrarbeitsab-

kommen für den Braunkohlen- und Kalibergraben zum 30. November zu kündigen. Ihr habt nunmehr zu entscheiden, ob Ihr mit diesem Beschlusse einverstanden seid und ob Ihr den Willen habt, mit aller Kraft für die Verkürzung unserer sozialen Zielsetzung — Milderung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung — einzutreten.

In der anschließenden Aussprache, an der sich zahlreiche Redner beteiligten, wurde der Vorschlag, die Mehrarbeit zu kürzen, einstimmig angenommen. Mit besonderem Nachdruck betonten die Delegierten, daß die ungeheure Arbeitslosigkeit beseitigt werden muß. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen durch den Wegfall der Mehrarbeit. In scharfen Worten wurde sodann die Haltung der Unternehmer kritisiert, die wenig Verständnis für die gegenwärtige große soziale Krise erkennen lassen.

In seinem Schlußwort wies Schmidt darauf hin, daß zur Durchführung dieser Bewegung alles getan werden müsse, um die Beschäftigten und Schlagkraft der Bergarbeiter zu sichern. Die versprochenen revolutionären Gewerkschaftsopposition wurden ganz entschieden verworfen. Die Abstimmung ergab, daß die Delegierten einstimmig die Kündigung der Mehrarbeit gutheißten. Damit ist in Mitteldeutschland der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. Wollt alle mitteldeutschen Bergarbeiter ihr es nun, durch eine reifliche gemeinschaftliche Organisierung dem Beschäftigten den nötigen Nachdruck zu geben.

Lehrlingsverträge bei Betriebsstillegungen

Bei Stillegung darf das Lehrverhältnis der Lehrlinge nicht aufgelöst werden

Das Reichsarbeitsgericht hatte sich am 25. Oktober mit einer für das Lehrlingsrecht grundlegenden Streitfrage zu beschäftigen. Der Lehrvertrag eines in den Eisenburger Motorenwerken beschäftigten Lehrlings enthielt die Klausel, daß der Lehrherr bei gänglicher oder teilweiser Stillegung des Lehrverhältnisses aufgelöst werden darf. Das Landesarbeitsgericht Halle hat diese Bestimmung zwar für unwirksam erklärt, weil im Lehrvertrag kein anderer Kündigungsgrund, als in der Arbeitsordnung vorgelesen, festgelegt worden konnte. Das Reichsarbeitsgericht hat die Feststellungsfrage jedoch mit der Begründung zurückgewiesen, daß bei Stillegung des Betriebes nach

Zweu und Glauben das Lehrverhältnis als erloschen zu gelten hat. Die Revision, die gegen dieses Urteil vom Deutschen Metallarbeiterverband eingelegt wurde, hält die Anwendung der allgemeinen Formel von Zueu und Glauben insofern nicht für anwendbar. Auch bei Stillegung des Betriebes müßte sich der Lehrherr bemühen, den Lehrling anderweitig unterzubringen, sei es in einem ihn angehörigen oder fremden Betrieb.

Das Reichsarbeitsgericht schloß sich den Revisionsgründen in einigen Punkten an. Dem zur Aufhebung des Betriebes müßte sich der Lehrherr bemühen, den Lehrling anderweitig unterzubringen, sei es in einem ihn angehörigen oder fremden Betrieb.

Deutschlands meistgerauchte
4 1/2 Cigarette 9 M.

Dr. Hertz sagt: Jetzt keine Experimente!

Konferenz der Sozialdemokratie der Kreise Torgau und Schweinitz

Torgau, den 26. Oktober.

Ein glänzender Verlauf nahm die Kreisversammlung der SPD der Kreise Torgau und Schweinitz in Torgau. Genosse Fraenkel eröffnete die Konferenz und wies auf die für den kommenden Winter in Torgau und im Umland zu erwartenden Schwierigkeiten hin. Die Delegierten entschlössen sich zu Ehren der toten Proletarier von den Plätzen.

Ueber die Aufgaben der Sozialdemokratie in Gegenwart und Zukunft sprach der Reichstagsabgeordnete des Bezirks, Genosse Dr. Berg. Die Demokratie ist gefährdet durch Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Sozialdemokratie muß ihre ganze Kraft einbringen, um die Demokratie zu erhalten. Der Reichert begründete die Haltung der Reichstagsfraktion bei den letzten Kampfen im Reichstag.

Die Fraktion ist sich einig, daß die heutige Zusammenkunft des Reichstags die Sozialdemokratie eine Pflichterfüllung über Regierung auszulassen.

Man kann den Faschismus nicht wirksam bekämpfen, indem man ihn an der Regierung mitteilt. Es ist notwendig, daß jeder Schritt Widerstand abgibt. Der Reichert wies auf die Wichtigkeit der Sozialdemokratie in Preußen hin. Solange die Regierung Braun in Preußen besteht, ist jede Reichsregierung nicht wirksam.

Die Umstellungen im Kabinett Braun sind eine Warnung an die Gegner.

Die Sozialdemokratie und die preussische Staatsregierung erwarten den Angriff, sie sind gerüstet. Die Regierung Brüning hat von der Sozialdemokratie kein Vertrauensvotum bekommen, sondern sie behält sich vor, die Regierung dann zu stürzen, wenn sie es für richtig hält. Unter Freilich in Preußen sind in einer ähnlichen Lage. Den Termin zu dem großen Kampf folgt wir uns nicht aufzugeben, sondern den Tag bestimmen wir.

Es gilt für die Zukunft, den Gegnern tatkräftig entgegenzutreten. Bis ein kleiner Zopf hinein muß unsere Propaganda kommen. Der Gegner muß immer und immer wieder merken, daß die Sozialdemokratie nicht schläft, sondern immer und überall dort ist, wo es für die Sache der Sozialdemokratie zu kämpfen gilt.

Mit einem begeisterten Appell schloß die Rede. Gen. Richter (Perzberg) wandte sich gegen die hohen Gebälter und gegen die Haltung der Partei vor die. Die Partei muß den Kampf gegen die Straße mit allen Mitteln aufnehmen. Gen. Schugl (Dauhsagen) kritisierte die Haltung der Parteipresse bei dem Wahlergebnis. Bekannte Genossen müssen mehr auf Land zur Agitation kommen. Gen. Eich (Amnaburg) unterstrich die Wichtigkeit des Genossen Reichert für die Ausführenden des Genossen Reichert. Er sprach weiter über die Kultur- und Sportorganisationen der Arbeiterbewegung, die sich in den Dienst der Partei zu stellen haben. Genosse Schugl (Dauhsagen) kritisierte die Arbeit der Parteiführer und der Arbeiterbewegung im Wahlkampf. Im Schlußwort beantwortete Gen. Berg die aufgetauchten Fragen.

Zum Wahlergebnis der Kreise Torgau und Schweinitz nahm der Parteisekretär, Genosse Fraenkel, das Wort. Die beiden Kreise sind die einzigen, die einen Aufstieg zu verzeichnen haben. Der Kreis Torgau hat um 16 Prozent und der Kreis Schweinitz um 1,2 Prozent Stimmen zugenommen. In einem Extensivplan sind Vorschläge zu verzeichnen. Es muß geprüft werden, warum dort keine Erfolge erzielt wurden. Die Verklammerungen dürften künftig nicht nur mit politischen Vorträgen, sondern auch mit belehrenden und literarischen Vorträgen ausgefüllt werden. In Zukunft werden befähigte Genossen in lokalen Endrunden aufgenommen, damit wir in unseren beiden Kreisen selbst eine Reihe von Referenten zur Verfügung haben. Die Verklammerungstätigkeit muß mehr wie bisher aufgenommen werden.

Die Gewerkschaften, Turn- und Kulturorganisationen müssen endlich einmal von ihrer Passivität ablassen und einig und geschlossen mit der Partei marschieren.

Der Parteivorstand wird in Zukunft jeden Monat eine Wahlerhebung herausgeben.

Genosse Wolke (Groß-Zeichen) behandelte einige organisatorische Fragen. Genosse Eich (Amnaburg) regte an, auf die Kommunalverwaltungen einzudringen, daß allgemeine Richtlinien für die Funktionäre der Partei herausgegeben werden. Gen. Reichert (Amnaburg) sprach sich über das Wahlergebnis. Gen. Reichert sprach über die Wichtigkeit der Partei mit einem Blick auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Gewerkschaften, Turn- und Kulturorganisationen müssen endlich einmal von ihrer Passivität ablassen und einig und geschlossen mit der Partei marschieren.

Der Parteivorstand wird in Zukunft jeden Monat eine Wahlerhebung herausgeben. Genosse Wolke (Groß-Zeichen) behandelte einige organisatorische Fragen. Genosse Eich (Amnaburg) regte an, auf die Kommunalverwaltungen einzudringen, daß allgemeine Richtlinien für die Funktionäre der Partei herausgegeben werden. Gen. Reichert (Amnaburg) sprach sich über das Wahlergebnis. Gen. Reichert sprach über die Wichtigkeit der Partei mit einem Blick auf die Sozialdemokratie geschlossen.

gegangen werden. Wenn die Bürgerlichen für die Ablehnung des Kanalbaues seien, dann sollten sie endlich Farbe bekennen und Witz und Spott zeigen, wie der Ernestslosigkeit gesteuert werden kann.

Besprechung der Reichsbeschäftigten.

Wetin a. S. Der Not der Zeit entsprechend war auch die letzte Besprechung des Reichsbesetzten auf besuch. Gegenüber fernerbeschäftigte Unterfertigung kann den Bestand der Kreisgruppe um den Beobachter erhalten. Die erste Lage zeigen jeder Nachbesetzung vor ersten Mitarbeiter an. Die Zukunft bringt allen Rentenempfängern die schwierigen Kämpfe. Eine Erhöhung des Beitrages wurde einstimmig angenommen. Die Mitglieder des Reichsbundes besetzen am 1. November den Aufführungsabend des Zentralverbandes der Reichsbeschäftigten, in dem der Artikelgenosse „Wittgass“ gezeigt wird. Ferner wurde beschlossen, eine gemeinsame Aktion in Verbindung mit dem Zentralverband der Reichsbeschäftigten zu vereinbaren, wo der Bundesgenosse von Mainz und der Film „Soziale Frage“ gezeigt werden sollen. Die nächsten Wochen stehen im Zeichen der Werbung.

Der Herr Kammergerichtsrat

sein Gericht.

Es ist keine Seltenheit, daß Firmen, die sich in Zivilstreitigkeiten eine Vorprüfung sichern wollen, gegen Schuldner einfach ein Strafverfahren einleiten, um deren Fiskuslos eine Entscheidung über das Prozessmaterial zu erlangen. Ein solcher Fall lag offensichtlich bei dem Verfahren gegen einen Wettiner Bädermeister vor. Er war Schuldner der Firma Bolze & Co. (Präsident des Amtsrats) wegen in der Schuld. Die Schuldner waren durch die Bädermeister entlastet. Als Sicherheit übernahm der Bädermeister eine Dreifachschuld und eine Drillingsschuld. Eines Tages verlor er die Maschinen in der Meinung, daß die Zügelungsvereinbarung durch den Verkauf der Schuld erledigt sei. Allerdings bestand noch eine Schuld der Ehefrau, von der die Firma Bolze behauptete, es sei die verheiratete Schuld des Ehepartners. Die Maschinen seien also zu Unrecht verkauft worden. Die Folge war ein Verfahren gegen den Angeklagten wegen Verstoßes gegen die Zügelungsvereinbarung. Die Schuldner wurden durch den Generalvollmachtgeber der Firma Bolze, Kammergerichtsrat a. D. Dr. D. ermahnt. Er bemühte sich lebhaft, eine Verurteilung des Angeklagten zu erreichen. Dabei beschränkte er sich nicht auf die prozessualen Möglichkeiten, sondern er beantragte die Verurteilung des Angeklagten, da er sich nicht auf die prozessualen Möglichkeiten beschränkte. Das Gericht kam zu einem Freispruch.

Kreis Cuerfurt

Cuerfurt, Dienstag, den 28. Oktober, von 9 Uhr vormittags an, findet im Landratsamt in Cuerfurt für die aus den Anhalten entlassenen Wehrmänner, schwer erkrankten und schwachmütigen Kinder, hochaltigen Jugendlichen etc. eine kostenlose Beratungsstunde durch den Direktor der Landesheilkundlichen Anstalt, Professor Pfeiffer in Halle, statt.

Kreis Siebenbrunn

Bunter Abend der Metallarbeiter

Badm. Am Mittwoch, dem 29. Oktober, 9 Uhr, veranstaltete die Kreisverwaltung des Kreis Metallarbeiterverbandes für unsere Mitglieder und deren Angehörige im Hofsaal „Rodwits“ einen „Bunten Abend“. Als Vortragende sind die „Roten Sänger“ gekommen worden. Die „Roten Sänger“ sind durch ihre vorzüglichen Leistungen fast in ganz Deutschland bekannt geworden. Die Veranstaltung soll dazu dienen, auch in schwerer wirtschaftlicher Zeit unseren Kollegen und ihren Angehörigen einige heitere Stunden zu bereiten. Wir hoffen deshalb, daß unsere Kollegen mit ihren Angehörigen zahlreich erscheinen. Der Eintritt ist frei! Das Mitgliedsbuch ist am Saalzugang als Ausweis vorzulegen.

Mansfelder Kreise

Das Ergebnis der Gemeindeverordnetenwahl.

Unterstützungen, den 27. Oktober. Am Sonntag fand in Unterbreitungen die Gemeindeverordnetenwahl statt. Die folgenden Ergebnisse: Bürgerliche Einheitsliste 402 Stimmen und 5 Sitze, Kommunisten 335 Stimmen und 4 Sitze, Sozialdemokraten 64 Stimmen (keinen Sitz), Liste Thiem 54 Stimmen (keinen Sitz).

In der früheren Gemeindevertretung saßen 5 Kommunisten, 1 Sozialdemokrat und 3 Bürgerliche. Die Mehrheit der Arbeiterparteien ist also durch die gestrige Wahl verloren gegangen.

Werde Kanalbau. Nach langem Zögern enthält das Röhrl für mehr 3000 m. Die Kanalbauarbeiten sind im Herbst 1930, werden dessen durch dieses Kanalbau und nicht anders. Die Kanalbauarbeiten sind im Herbst 1930, werden dessen durch dieses Kanalbau und nicht anders. Die Kanalbauarbeiten sind im Herbst 1930, werden dessen durch dieses Kanalbau und nicht anders.

Der Saalkreis braucht 800000 Mark

Einberufung des Kreistags am 24. November - Die riesige Last der Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge - Kommunistische und bürgerliche Anträge

Die bürgerliche Fraktion und die kommunistische Fraktion des Kreistages haben die Einberufung eines Kreistages gefordert. Er wird voraussichtlich am 24. November stattfinden.

Die bürgerliche Kreistagsfraktion hat beantragt, folgende Punkte auf die Tagesordnung zu setzen:

1. a) Antrag der bürgerlichen Kreistagsfraktion, daß seitens des Vororgans des Kreisausschusses an die Reichsregierung herangezogen werden möge mit dem Antrag, die Zahlungen der nächsten beiden Jahre auf Grund des Budgetplanes zu unterlassen und die dadurch frei werdenden Mittel den Stadt- und Landkreisen zur Verfügung zu stellen, die die sozialen Lasten nicht mehr tragen können;
- b) Umbau des Saalkreises;
- c) Anträge über die Stellen der Voranführer der Sozialschauen und über die Mietsausfälle im alten Kreisgebäude;
- d) Einstellung der Tätigkeit der Kreisberufshilfe für 2 Jahre;
- e) Einbringung im Etat 1930/31;
- f) Kündigung des Tarifvertrages für die Angestellten;
- g) Nachprüfung der Aufwandsentschädigungen;
- h) Gewährung von Fürsorgeleistungen in Naturalien.

Es ist damit zu rechnen, daß weitere Anträge an die Kreisverwaltung gerichtet werden.

Die kommunistische Kreistagsfraktion hat beantragt, folgende Punkte auf die Tagesordnung zu legen:

- a) Uebernahme der entstehenden Kosten in dem Disziplinärverfahren gegen die Kreisauschüßmitglieder Wollmann und Steinmeier, die wegen Aufzehrung zum Steuertrieb von ihrem Amte suspendiert sind;
- b) Hinterbilden für die Erwerbslosen;
- c) Anträge über Stilllegung der Disziplinär-Mühle, Sportplatz Müllitz, Ziegelwerk Weibitz.

Ferner liegen weitere wichtige Punkte zur Beratung: 3. Aufnahme einer

Anleihe von 900 000 Mk. zur Durchführung von Kostlandsarbeiten (Straßenbau).

4. Aufbringung der Mittel für Unterbringungen der Wohlfahrts-erwerbslosen im Rechnungsjahr 1930. 5. Beratungsmittel für das Rechnungsjahr 1930. 6. Beratungsmittel für die Unterbringungs- und Kostlandsarbeiten der Sportplätze. 7. Abnahme der Kreisverwaltungskosten für 1929. 8. Abnahme der Kreisstraße Diemitz-Neudorf von Kilometer 2,5 bis 3,56 und von Kilometer 3,56 bis zum Abfahrts- und Reiterbahn. 9. Abnahme des Budgetvertrages mit dem Arbeiter-Vereinigungsbund. 10. Abnahme des Budgetvertrages mit dem Arbeiter-Vereinigungsbund. 11. Abnahme des Budgetvertrages mit dem Arbeiter-Vereinigungsbund. 12. Abnahme des Budgetvertrages mit dem Arbeiter-Vereinigungsbund. 13. Abnahme des Budgetvertrages mit dem Arbeiter-Vereinigungsbund. 14. Abnahme des Budgetvertrages mit dem Arbeiter-Vereinigungsbund.

Unterbringung der Wohlfahrts-erwerbslosen. Die bürgerliche Fraktion hat beantragt, folgende Punkte auf die Tagesordnung zu legen:

betragt am 1. April 1929 50 Hauptunterstützungsempfänger und 87 Angehörige und liegt bis zum Schluß des Rechnungsjahres auf 450. Mit Beginn des Rechnungsjahres 1930 werden die Zahlen erheblich zunehmen. Am 1. Juli 1930 waren es 1481, am 1. Oktober 1930 2475 Hauptunterstützungsempfänger und 3451 Angehörige. Es wird damit gerechnet, daß die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen am Schluß des Rechnungsjahres auf voraussichtlich 4000 Hauptunterstützungsempfänger und 6000 Angehörige steigen wird. Es ist völlig ungenügend die Wohlfahrts-erwerbslosen in absehbarer Zeit in ein ordentliches Arbeitsverhältnis zu überführen, da im Augenblick die Zahl der im Besitz des Saalkreises durch das Arbeitsamt verlorbenen Unterbringungsstellen 3987 beträgt. Außerdem sind in der Stadt Halle 4788 Arbeitslose, die das Arbeitsamt betreuen.

Die Ausgaben für Wohlfahrts-erwerbslosen im ersten Vierteljahr des Jahres 1930 betragen: 95 000 Mk., im zweiten Vierteljahr 914 000 Mk., im dritten Vierteljahr werden diese voraussichtlich betragen 877 000 Mk., im vierten Vierteljahr 490 000 Mk., insgesamt im ganzen Rechnungsjahr 1 296 000 Mk., davon hat der Kreis 70 Prozent aufzubringen, also rund 900 000 Mk. Die Kosten für die übrigen Fürsorgebedürftigen betragen für den Kreis auf 665 000 Mk. Die Gesamtsumme für soziale Ausgaben im Jahr 1 530 000 Mk.

Es bleibt ein Sozialdefizit von rund 800 000 Mk.

Eine wichtige Deduktion dieser Mehraufwendungen durch Erhöhung der Kreisbeiträge würde eine Erhöhung der Zuschläge zu den Reichssteuerüberweisungen von 30 auf 75 Prozent und eine Erhöhung der Zuschläge zu den Realsteuern von 80 auf 130 Prozent bedeuten. Diese ist für den Kreis selbst, sowohl für die Gemeinden als Saalkreis, als auch für die übrigen Kreise, nicht durchzuführen, da es untragbar zu beschreiben.

Die auf Grund der Rotverordnung einzuführenden Steuern würden die Mehraufwendungen, die die Gemeinden für die Wohlfahrts-erwerbslosen in Höhe von ca. 350 000 Mk. auf-

zubringen haben, einigermaßen decken. Für den Kreis, der keinerlei Mittel hat, wären Einnahmen, außer den aus der Erhöhung der Zuschläge sich ergebenden, nicht vorhanden.

Wie wir hören, soll dem Kreistag vorgelegt werden, eine Erhöhung der Zuschläge

auf 50 Prozent zu den Reichssteuerüberweisungen und 100 Prozent Zuschlag zu den Realsteuern vorzunehmen. Dieses bedeutet eine Erhöhung von ca. 350 000 Mk. Der Differenzbetrag zwischen den notwendig werdenden Mehrausgaben für die Wohlfahrts-erwerbslosen von 800 000 Mk. = 440 000 Mk. muß vorläufig ungedeckt bleiben, da der Kreis - wie oben ausgeführt - keinerlei Mittel hat, diese Summe gegenwärtig aufzubringen zu können. In mehreren Verhandlungen mit den Aufständischen im Landratsamt ist versucht worden, eine Hilfe für den so außerordentlich stark belasteten Kreis zu erreichen. Die Verhandlungen (s. oben) sind gescheitert.

Der Kreis erwartet bestimmt eine Hilfe seitens des Landes.

Dieses um so mehr, als er eine Reihe von Aufgaben zur Behebung der Erwerbslosigkeit auf sich zu nehmen hat unter großen Cyphern seitens der Reichsregierung. So hat der Kreistag erst in seiner letzten Sitzung die Durchführung von Notstandsarbeiten in Höhe von 1 500 000 Mk. beschlossen, die eine allmähliche Beschäftigung von ca. tausend Erwerbslosen ermöglichen soll. Aus dem gleichen Grunde hat der Kreis ein Projekt zur Beschäftigung von ca. 1000 Erwerbslosen im Bereich der Landwirtschaft, die er ausführen zu lassen wünscht. Ferner beschließt er ausführen zu lassen Ausbau der Landwirtschaftlichen Schule, Altersheim, Neubau Unterstufenschule, Neubau Jugendheim Müllitz, Ausbau Kreisbau und Ausbau des Gesundheitsamtes, Förderung des Gemeindebezuges, des Wohnraumbaus und der Bauten für die Förderung der Be- und Entschärfung der Gemeinden. Weiter soll die Jugendpflege durch Ausbau von Sportplätzen und Bau von Turnhallen gefördert werden.

Wie bekant ist vor, auf vorstehende offizielle Ausstellungen noch besonders eingehen. D. Red.

Bürgerblock verhöhnt Erwerbslose

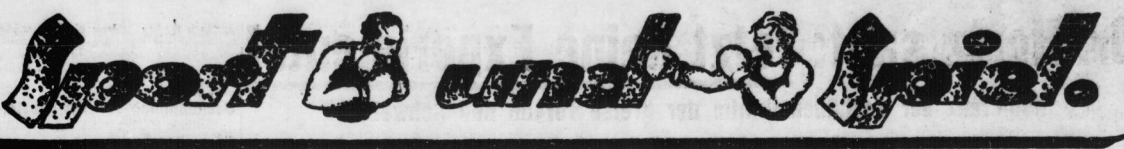
Am 27. September wurde ein kommunistischer Antrag eingebracht mit 16 Forderungen zur Unterbringung der Erwerbslosen und Ausgesteuerten. Die Kommunisten unterstützen dabei die Angabe, wie die nötige Deckung beschafft werden soll. Um wirkliche Hilfe leisten zu können, stellte die sozialdemokratische Fraktion den

Antrag auf Bau eines Sanatoriums.

Das wurde dann auch von den Kommunisten aufgegeben und so wurde mit 9 gegen 8 Stimmen der Bürgerlichen der Kanalbau beschlossen. Nach Vorlage der Kommunisten wurde eine Kommission gebildet mit je zwei Vertretern der SPD und SPD. Die Kommission hat die Finanzierung der Arbeit auf, verhandelte mit den bet. Regierungskreisen um für die Unterbringungsstellen für 7 Monate in der Gemeinde Arbeit zu schaffen. Das Projekt und die Finanzierung standen vor dem Abbruch. Da war die bürgerliche Fraktion, welche beim Kreisabschluss

durch den Landbau eine Beschwerde einreichte und um Richtdurchführung dieses Projektes bat. Die bürgerliche Fraktion, an der Spitze der

Kriegereinsatzmann und ehemalige Kommunist Wilhelm Richter, seines Zeichens Mutterpolier, hatte im Zusammenhang damit für Freitag zu einer Versammlung im Heinenmann-Saal aufgerufen, um die Ablehnung ihrerseits von den Dausbesitzern zu begründen. Die Erwerbslosen mochten sich anerkennen, um zu hören, was man bei Ausbeutung der Kanalbau-Projekte für neue Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit machen werde. Genosse Bolm, welcher aus Dausbesitzer ist, wurde nicht eingeladen; er wollte trotzdem die Sache von den Dausbesitzern begründen. Er wurde aber aufgefordert, den Saal zu verlassen. Der Kommunistenführer E. B. erklärte, die Sache zu gewinnen. Genosse Richter ergriff darauf das Wort und erklärte, daß eine Verhöhnung der Erwerbslosen ist. Er verwies auf den Standpunkt seiner Fraktion in der Sitzung vom 27. September und äußerte zum Schluß, daß wir, die wir den Erwerbslosen helfen wollen, auch wissen, wie schwer die Bekämpfung dieser einzelnen Erwerbslosen ist. Es müsse aber in der Lage der Arbeiterklasse unbedingt etwas geschehen, um der Erwerbslosigkeit zu steuern. Wenn einmal Mittel benötigt werden, müßte auch ein Durchführung produktiver Arbeit



Revue des Arbeitersports

Ein gelungener Werbeabend des Kartells für Arbeitersport und Körperpflege Halle

Verheerende sind bisher im Arbeitersport in Halle (Saale) Punkte gewesen. Namentlich auch, als der kommunistische Sportplatz nicht zu wackern begonnen hätte. Um so angenehmer waren wir am Sonntagabend übermüdet, im großen „Volkspark“, Saal bei der Veranstaltung des Kartells für Arbeitersport und Körperpflege Halle e. V. einen guten Besuch vorzufinden, wie man ihn sonst bei solchen Abenden nicht erlebt. Es waren auch viele nicht in der Sportbewegung lebende Zuschauer erschienen, so daß gefolgter werden darf, daß die faszinierende Arbeit des jüngsten Kartells immer mehr Wirkung findet.

Das Programm brachte eine bunte Revue der in den halleischen Arbeitersportvereinen betriebenen Sportarten, wobei sie sich auf die Bühne produzieren ließen. Die Abwicklung ging verhältnismäßig glatt vor sich — sie konnte vielleicht ein wenig rascher erfolgen —, wie auch die Einnahme von Musik künftig empfehlenswerter ist. Somit aber kann man nicht zufrieden sein, denn auch die Vorbereitungen selbst bieten Ansprechendes und fanden verdienten Beifall.

Artur Verfestling, der Kartellvorsitzende, begrüßte einleitend die Erscheinenden. Er besprach die Veranstaltung als den

Ausflug zur Winterarbeit.

Der I. A. Die Naturfreunde“ begann den Reigen der Vortragsarbeiten mit gefälligen Vorträgen. Der Turnverein Leucha schloß sich mit ersten gemühtlichen Übungen an, wie sie von den Vereinen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes betrieben werden. Gütes Rhythmen zeigten und besonders Beifall fanden die Akrobaten des Turn- und Sportvereins „Fichte“, die zeigten, daß der alte Turnergott, der kommunistische Winterarbeit erholend erleben ist. Die „Solidarität“-Radsportler fuhren mit der von ihnen bekannten Geschwindigkeit einige Reigen, die besonders anerkennend fielen, als

die engen Bühnenverhältnisse starke Anforderungen an die Akten stellten. Die „Fichte“-Turnerinnen trugen Gymnastikübungen gekostet hatten, wartete „Dihello“ mit Epandebetten auf. Eine besondere Note gaben die Schwereübungen des Programms. „Germania-Fellen“ lieferte einige Schauübungen, welche die wertvolle Besuche herein zu führen. „E. Adler“ von 1895 besonders mit Gewichtheben und Ringkampf auf. „Schäbler (G. S.)“ erreichte mit reichsamem Reigen 140 Pfund, „Schäbler (Ade)“ brachte 150 Pfund an Strecke; im einarmigen Stehen sogar 160 Pfund und

Madefanaber im beidarmigen Stehen zuerst 220 und dann 230 Pfund. Mit solchen Leistungen kann die Jg. bestimmt nicht ausfallen. Im Ringkampf zeigte W. Webe, einer der besten Ringer von „Germania“, seinen feinen Vorkampfsinn. Er wußte, daß er nicht nur die Schultern, sondern auch den Kopf gegen den Gegner rammen mußte. Er zeigte, daß die Jg. nicht nur die Schultern, sondern auch den Kopf gegen den Gegner rammen mußte. Er zeigte, daß die Jg. nicht nur die Schultern, sondern auch den Kopf gegen den Gegner rammen mußte.

Einige Schlußworte des Kartellleiters ließen den gelungenen Abend in dem Appell zu weiterer intensiver Mitarbeit ausklingen. —ix.

Fußballspiele von Blau-Weiß Halle

Blau-Weiß Schüler I — Weiße Schule Südmannsdorf 1:0 (0:0).

Am Sonntagmorgen sammelte sich eine stattliche Zuschauerzahl auf dem Sportplatz von Blau-Weiß Halle. Heute doch dieses Schülerteams für die Sportinteressenten eine besondere Anziehungskraft. Erwidrig ist zu verzeichnen, daß während der Vereinsteilung eines Arbeitersportvereins und dem Schlußkampf der Weißen Schule Süd ein Abkommen getroffen wurde, um mit vereinten Kräften für die körperliche Erziehung der Jugend zu wirken.

Die Schulmannschaft hatte Kritik und brachte den Beobachter an das Bestehen des Blau-Weiß. Die Hintermannschaft konnte jedoch alle guten Schüsse der Süd-Weiß meistern. Ein Erfolg drohte durch einen lebendigen Durchbruch des Mittelstürmers von Süd, aber der Schiri entschied Blau-Weiß. Nach halber Stunde wurde der Süd durch und erzielte durch einen scharfen Schuß

das siegreichende Tor. Die Süd-Mannschaft war durch ihres guten Trainings ein nicht zu bestreitender Gegner. Bei den Blau-Weißern zeigte im Sturm das flüchtige Zusammenpielen.

Blau-Weiß II — Rennert 1:0 (0:2).

Die Hallener hatten gute spielerische Gäste aus dem S. Bezirk. Bis zur Halbzeit war ein offenes Spiel zu sehen. Blau-Weiß drückte zuweilen, war jedoch ungenau im Schießen. Der Torwart von Blau-Weiß hielt verständig, daß die Gäste bis zur Halbzeit zwei schöne Tore erzielten.

Blau-Weiß III — Rennert 1:0 (9:0).

In diesem Spiel war der blaueweisse Sturm wieder schmerzhaft. Bereits in der 12. Minute wurde der Torwart eröffnet. Rennert hatte im Inneren zwei glatte Schüsse. Die Blau-Weißer verhielten sich mit viel Glück eine höhere Niederlage.

Straßenstaffette und Handballspiele in Teutschenthal

Jahr Teutschenthal und Regatta-Club Halle waren die Gegner. Vier Staffetten stellten sich dem Starter, von jedem Verein je 12 Mann, über 3000 Meter ging die Stafette.

Halle 1. Mannschaft führte von Anfang bis Schluß mit erheblichem Vorsprung.

Während die übrigen drei Mannschaften dicht beieinander waren. Ingoßer nach Zurücklegung der halben Strecke änderte sich das Bild. Teutschenthal 1. Mannschaft zeigte immer größeren Vorsprung und führte sich dadurch den zweiten Platz. Einige kleine organisatorische Mängel waren zu verzeichnen, doch da dies die erste solche Veranstaltung war, sehen wir darüber hinweg. Auf jeden Fall hat der Laufverein propagandistischen Zweck erreicht.

Die Resultate:

1. Regatta-Club 1. 8:21 Minuten, 2. Teutschenthal 1. 8:33 Minuten, 3. Teutschenthal 1. 8:57 Minuten, 4. Regatta-Club II 10:21 Minuten.

Umkräft war der Lauf von Handballspielen. Die Sportlerinnen von Regatta blieben leider ohne Entschädigung fern.

Teutschenthal Jg. — Regatta-Club Süd I 1:12 (0:7). Zwei ungleiche Gegner. 2. noch Anfänger, beide seien die in jeder Beziehung überlegen spielenden Haller einen schweren Stand. Die Niederlage wurde mit Würde hingenommen.

Teutschenthal II — Regatta-Club II 1:3 (0:1). Ein hartes Spiel. Überdies zeigte Spielerschönheit und führte sich dadurch den zweiten Platz. Einige kleine organisatorische Mängel waren zu verzeichnen, doch da dies die erste solche Veranstaltung war, sehen wir darüber hinweg. Auf jeden Fall hat der Laufverein propagandistischen Zweck erreicht.

zweiten Spielzeit stellte Halle den Sieg sicher, während die „Jahn“-Beute den Ehrentreffer erzielten.

Teutschenthal I — Regatta-Club I 2:2 (1:1). Über 250 Zuschauer hatten das Spiel angelehrt, und man darf sagen, sie wurden nicht enttäuscht. Einen fairen und sehr flotten Kampf lieferten beide von Anfang bis Schluß. Die Haller zeigten eine kleine Heißüberlegenheit, verstanden es aber nicht, Tore zu werfen. Erhöht gelang 2. Regatta-Club das erste Tor, doch lange wackerte die Freunde nicht

und der Klub sich aus. Die nächste Halbzeit sah letzteren mit 2:1 im Vorteil.

Als der Schlußpfiff erkundete, war es den Einheimischen aber möglich, den Ausgleich zu erzielen. Das Spielresultat entsprach dem Spielverlauf.

Gesamt-Resultat 28:6

Sandball-Bereinstweikampf Zwitschöna gegen Erdeborn

Auf dem Sportplatz in Zwitschöna standen sich Zwitschöna und Erdeborn in drei Mannschaften gegenüber. Es spielten:

Zwitschöna Jg. — Erdeborn Jg. 19:1 (10:1). Hier war ein flottes Jugendspiel zu sehen. Zwitschöna verfügte über eine gute und spielerische Mannschaft, die mit Begeisterung dieses Resultat herausbrachte. Die Erdeborner, welche noch immer mehr Spielerfahrung haben, lieferten ein faszinierendes Widerstand, brochen es aber nur am Ehrentreffer.

Zwitschöna II — Erdeborn II 0:3 (0:1). Beide

Die R.K.K.-Fußballer in Leuma

Jahn 1. Merseburg — R.K.K. 1. 1:1

In Leuma-Röfen fanden sich obige Mannschaften im Werbeabend. Obwohl R.K.K. mit drei Erstklassen spielte, wurde ein flottes und gefälliges Spiel geliefert. In der ersten Halbzeit war R.K.K. zum größten Teil tonangebend. Angriff auf Angriff sollte auf das gegenüberige Tor, aber die Hintermannschaft der Merseburger machte jede Situation in seiner Gunste. Eine wunderbare Parade des Einflusses des R.K.K. wurde vom Torwächter Merseburg gut abgewehrt. Im richtigen Erfassen der Situation war aber der Mittelstürmer des R.K.K. zur Stelle und konnte mit sein plaziertes Schuß das einzige Tor für seine Farben drücken.

In der zweiten Halbzeit war das Spiel ausgeglichener. Merseburg leitete sehr gute Angriffe ein. Die Spieler aber an der sehr guten Verteidigung und an dem wirklich lebendigen Torwächter. Durch getreue Ueberlieferung der Hintermannschaft war es Merseburg vergönnt, den Ausgleich zu erzielen. Dieses ermutigte beide Mannschaften. Letzt letzten sie alles ein, um den Sieg an sich zu reißen. R.K.K.s Sturmreihe belagerte immer wieder das Merseburger Tor. Aber hier war der Torwächter unüberwindlich. Kurz vor

Schluß wäre es Merseburg fast gelungen, durch schon plaziertes Schuß ihres Mittelfelders den Sieg an sich zu bringen. Alles viel schon „Tor“, doch der glückliche Torwächter des R.K.K. rettete. So endete das Spiel mit einem Unentschieden zur beiderseitigen Zufriedenheit.

Ueber die ankommende Mannschaft des R.K.K. ist zu sagen: Torwächter und Verteidigung sehr gut. Die Mittelfeld rechts und links ziemlich schwach, hinter Dorf durch Vertiefung. Mittelstürmer immer gut. Der Sturm gut, außer einigen kleinen Schüßern, welche in Zukunft unterrichten müssen.

Die II. Mannschaften spielten 2:1 für R.K.K. Durch Mithilfe der Merseburger Verteidigung konnte dieses Spiel gewonnen werden. Die Hintermannschaft war sehr gut. Die Mittelfeld rechts und links ziemlich schwach, hinter Dorf durch Vertiefung. Mittelstürmer immer gut. Der Sturm gut, außer einigen kleinen Schüßern, welche in Zukunft unterrichten müssen.

Sonstige Ballsportspiele im 6. Bezirk

Handball

Regatta I — Schwimmer Mannsdorf I 4:1 (1:1). Rennert II — Rüssen Jg. 2:4.

Rennert II — Rüssen I 2:4. Fichte Halle II — Rennert I 2:1 (1:0).

Regatta I — Regatta II 4:3 (1:3). Regatta II hatte den Angriff und zog gleich vor das Regatta Tor; schon Nummer 1. R. ging aus und konnte bis Halbzeit 3:1 in Führung gehen. Nach Halbzeit fand sich B. besser zusammen und konnte den Ausgleich und danach den Sieg erzielen.

Regatta II — Regatta III 13:1 (6:0). Regatta III war technisch weit überlegen und konnte nach Halbes gewinnen.

Regatta I — Fichte Halle I 3:4 (3:3). Beide waren sich gleichwichtig. Das Spiel wurde von beiden Seiten etwas lang durchgeführt. Das Spiel gleich ein flottes Tempo vor und holte zu Anfang drei Tore auf, wogegen Fichte sich erst nach vier Halbzeit mit dem glatten Boden durchsetzte und anschließend konnte den zweiten gleichlichen Witterungsbedingungen, dadurch konnten die technischen Feinheiten des Spieles beiderseitig nicht zur vollen Entfaltung kommen.

Döllnitz I — Regatta I 14:1. Beide lieferten sich ein flottes Spiel. Döllnitz spielte jederzeit überlegen und hatte stets das Feld in der Hand.

Döllnitz Jg. — Regatta Jg. 3:0 abgebrochen.

Reinhold-Rennert I — Postenort I 7:1. Rennert I hatte mit Postenort seinen schlichten Erfolg erzielt. Beide spielten bis Halbzeit sehr flott. R. war etwas enthieltener. Nach Halbzeit wurde Postenort eine härtere Spielweise an, der sich R. auch gleich anpaßte, so daß der Schiri auf beiden Seiten herausstellen mußte. Beim Stande von 7:1 für R. wurde das Spiel wegen Fäule vom Schiri abgebrochen.

Bitterfeld-Wittenberg

Fußball

Rennert I — Regatta I 1:3 (0:0). Nach dem Spiel der beiden spielenden Mannschaften, vergangenem Sonntag, das Rennen mit 4:0 beendet gewonnen, betrat die I. Mannschaften den Platz. Die Gäste zeigten von Anfang an ein ungenügendes, temperamentvolles Spiel, so daß die Hintermannschaft von Rennert alle Hände voll zu tun hatte, um die ungenügenden Angriffe abzuwehren. Rennert kam aber noch und noch mehr ein, doch außer einer Serie Ecken, welche sämtlich nicht eintrafen, wurde nichts Bahnbares erzielt. Mit Wiederantritt

schon mehr beiderseitig bestellte Karte Spiel. Es gelang den Gästen, zwei Treffer anzubringen. Rennert schied mit 2:1 ab, mußte sich aber noch ein drittes Tor gefallen lassen. Beide Mannschaften legten getreue Fäule ins Spiel, die bestimmt nicht am Platze war.

Regatta I — Regatta II 3:1 (2:1). Regatta I hatte mit den Gästen von dem Schiri sehr viel einen guten Griff bekommen, denn in punkto Selbstbehandlung sowie Stellungsmöglichkeiten waren die Gäste etwas voraus und es gelang ihnen auch gleich der erste Treffer. Regatta II war kurz darauf gleich und ging bis zum Schluß mit 2:1 in Führung. Zwei gleichwertigen Spielen in der zweiten Halbzeit konnte nur Regatta I mit 3:1 erhöhen, während Regatta II leer ausging.

Regatta I — Rennert I 2:3 (0:2). Der Reiz hatte sich viel gewonnen, denn ihnen wurde ein Wechsel log er, trotzdem die Regatta-Mannschaft technisch besser waren und mehr leicht überlegen spielten, mit 2:0 in Führung. Lediglich die Gäste alles davon setzen, um etwas Besseres zu erlangen, mußten sie sich erst noch ein drittes Tor gefallen lassen, ehe es ihnen gelang, zwei Treffer anzubringen. Dem Ausgleich reichte es nicht mehr. Der Schiri hätte auch ein Tor bestimmt werden müssen.

Allgemeine Rundschau.

Der Vorstand des Deutschen Fußballbundes hat beschlossen, den Verfassungspakt aufzunehmen. Entschiedenem Entgegenkommen sollen ausgenutzt werden. Die vielen Profigründungen will der DFB, aber nicht anerkennen. Die Halle 04 ist inzwischen aus dem Profibereich ausgeschlossen. Der Vorstand des DFB, hat wenigstens das eine für sich: die Ehrlichkeit. Warum ein Scheinmannschaft besetzen, wenn das Programm ippig ins Front geschlossen ist!

Fußball: Wader Halle — Spielfeld. Neumarkt 3:0. Wader Dorfmeister. Favorit gegen Regatta 1:3. Halle 92 — Sportverein 0:2. 99 Regatta — Halle 98 8:3 (3:1). Größtenteils gegen Wader Halle 1:1 (0:0). Müllergau: 07 Wittenberg — Wader, Wader 2:2. Wader Wader gegen Union Zanderborn 0:6. Wader Wader gegen Wader Wader 4:1. Wader Wader gegen Wader Wader 4:3. Wader Wader gegen Wader Wader 6:0 (3:0).

Sandball: Wader Halle — Spielfeld. Halle 1:10 (0:6). Wader 99 Regatta 3:1 (1:1). Wader Halle 1:10 (0:6). Wader 99 Regatta 3:1 (1:1). Wader Halle 1:10 (0:6). Wader 99 Regatta 3:1 (1:1).

In Mannheim wurde vom SV Göttingen in der 10x50-Meter-Drahtstift mit 6:12:8 ein neuer deutscher Rekord aufgestellt. Heinrich (Polen-Beizig) sammelt in 3:44:9 neuen deutschen Rekord über 300 Meter. Wader (Wader 3:46). In Düsseldorf verbesserte Erika Eiferer den deutschen Rekord über 100 Meter Rücken von 1:23:2 auf 1:27:5. Magdeburg 96 verbesserte den deutschen Rekord in der 4x50-Meter-Strom auf 1:53:8.

Das 100-Meter-Mannschaftsfahren im Berliner Sportplatz gewonnen Reiz-Faude in 2:17:43:2 mit einer Runde Vorsprung.

Ein Vorländerkampf der Amateure Teutschenthal — Danemar. Ende 8:8. — Im Zweierboot fliegte Deutschland mit 7:1 über Frankreich.

Der 23. Deutsche Ruberika hat beschlossen, künftig Frauvereine anzunehmen.

Die K pferrollen bereiten sich vor

Großes nationalsozialistisches Waffenlager bei Dornum entdeckt - Frau Baronin hilft das 3. Reich einschleusen - Herr Förster hebt Gewehrskl sser auf

Schweres Verbrechenst ck bei Neu-Strelitz

Motorräder gesammelt, 4 Tote

Im Sauerland, in dem die Nazis seit Wochen eine besonders rege Tätigkeit entfalten - eine Sprengstoffsammlung bei Datteln, die sich vor der letzten verabschiedeten Waffenlieferung gr o eren Umfangs auf die Spur geschoben. Es war den zuständigen Stellen schon seit einiger Zeit aufgefallen, daß die Nazis bei den letzten Zusammenst tzen, die sie im Reichswehrgebiet mit Kommunisten hatten, besonders leicht von der Schminke Gebrauch machten. Die Entschuldigungen in öffentlichen Verammlungen der NSDAP wurden häufig heute feststellt, die mit geliebten Verwandten, aber auch mit Gewehrpatronen in der Tasche herumtrugen und so die Sicherheit des Publikums auf schwerste gefährdeten.

das sich auf dem Gut eines gewissen Förster von Sandberg - Behler in Housen bei Datteln im Sauerland befinden sollte. Der Behler ist f rlich verstorben und das Gut in die Hände der Frau Baronin Rebe-Radebe weggegangen.

gen in dem Speicher und auf dem Nachbargel nde nicht gefunden werden. Der tabellarische Fund der Gewehre liegt den begründeten Verdacht aufkommen, daß sie von einem Sachmann h ndig betreut und gepfllegt worden sind.

Das Neu-Strelitz wird dem "Montag" gemeldet: Ein schweres Verbrechenst ck, das hier Lokoboyer forschte, ereignete sich Sonntag abend gegen 7 Uhr in unmittelbarer Nähe von Neu-Strelitz auf der Reister Klause. In der Nähe der sogenannten Halanerie, etwa 2 Kilometer südlich der Stadt, stehen zwei Motorräder in voller Fahrt gesammelt. Die Fahrer der beiden Räder sind ihre Begleiter auf dem Gehweg zu Boden auf die Straße geschleudert. Drei von ihnen waren sofort tot. Die Toten sind: Der Sohn des Sch dmermeisters Winter aus Neu-Strelitz, der Bahnf hrer Becker aus Reister und der hiesige Mann Beginn aus Strelitz. Der vierte, der Reichsanwalt Wollenberg aus Strelitz, kam auf dem Landsporn zum Krantenhaus. Eins der Motorräder soll ohne Sicht gefahren sein.

Beim Regierungspräsidium in Arnberg ging fröhlich eine anonyme Anzeige ein, in der der Mörder betonte, daß es ihm nicht möglich sei, seinen Namen zu nennen, da er sonst um Leib und Leben fürchten müsse.

Am Sonnabendvormittag tauchte eine starke Überleitung der politischen Polizei plosch auf dem Gut auf, hierdie die Jagdige ab und nahm eine gründliche Durchsuchung vor. Das Ergebnis war  berallfand. Nachdem man im Hause selbst und auf dem Gutsgelände ohne Ergebnis nachgesehen hatte, wurden die Beamten auf einen etwas abseits gelegenen Gutspeicher aufmerksam. Als man ihn näher besichtigte, stieß man auf ein nationalsozialistisches Waffenarsenal.

Die politische Polizei staltete darauf dem Bri- dorfleiter des Gutes in G l i e d e einen Befehl ab. Hier wurde das R stel der verschundenen Gewehrkl sser geist. Ungeheim registriert werden fanden sich in einem Winkel des Hauses 149 Gewehrkl sser, die, wie die Unterleitung ergab, zu den in dem Gutspeicher aufgefundenen Gewehren gehören.

Schwerer Katastrophe in Emma

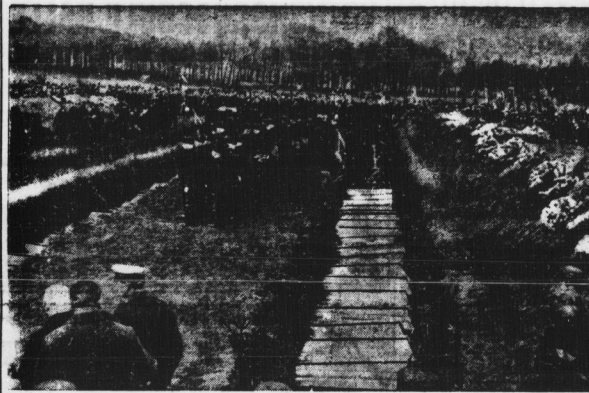
Das Posthoyer nimmt hier immer erstere Ausmaße an und hat zahlreiche Todesfälle und großen Sachschaden zur Folge. Es sind bereits etwa 40 Reiden geborgen; auch die Zahl der Verletzten ist beträchtlich. Im Zentrum und Umkreis sind insgesamt rund 100 Häuser eingestürzt. Der Verkehr auf der Eisenbahnlinie König-Rastbach ist infolge des Einsturzes mehrerer Brücken unterbrochen.

Totenstille über Alsdorf

Am 25. Oktober. (Eig. Bericht.) Die Erde hat sich über den 200 Toten von Alsdorf geschlossen. Von weit her waren auf den Angehörigen der Toten Leutende und aber Leutende zur Begleitung auf dem letzten schweren Schicksalsweg der verunglückten Vergleite zur Beerdigung geeilt. Die Wachen, die während der unangenehmen und würdigen Bestattungsfeier l uften, wurden im ganzen Reich gesiebt. An die Handhabung der Toten, die der Bestattungsgesellschaft in traueriger Mithilfeleistung in sein Programm eingeschaltet hatte, waren alle anderen benutzten Handwerker angegeschlossen.

Angewandten traten an die Gr ber, um ihren Eben ein letztes Gebet zu sagen und sich einen Kranz oder ein paar Blumen auf den Weg zu legen. Aufgabebestimmungen ...

Reiss Alsdorf-Dipler. Der Tod, der in Alsdorf schon so viele Ernte gehalten hat, forderie ein neues Opfer. Die Frau des üblich herangewachsenen Seigers Bartels vermochte das Leid ihres Mannes nicht zu überwinden und starb vor Gram über den Tod ihres Gatten.



Als sich der Alsdorfer Trauerzug dem Friedhof n herete, war der Vortrag begerannt. Die Trauerl nge der Bergmannskapelle hielten weit über das Totenfeld. Der Kapelle folgten Abordnungen der Gemitler, die in ihrer Pflichterfüllung in den bezeugenden Tagen geschwehrt. Ungeachtet, teilweise lebensgefährliche Arbeit geleistet hatten; dann kamen die Bergmannsabteilungen in Uniform und mit Fahnen und Kr nen - alle tragen eine mit Trauerfleur umwundene Wappenkrone in der Hand. Außer den schweigenden Reihen benutzten waren Vertreter der sozialistischen Helfenorganisation im Gefolge. Die Sozialdemokratische Partei, die Arbeiterwohlfahrt, der KAD, der KAD, die KAD, die großen Werte des Reichswehrgebietes alle hatten Delegierte entsandt. Die Bergarbeiter hatte u. a. auf einen, den ersten Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, delegiert, dazu Abordnungen sämtlicher Händler des Reichs. Unter der Führung, die sich am Ende befindet, sah man die Bergarbeiterorganisation der Bergarbeiter, der Saar, des Rädler Bergs, des Egeerlandes, ferner die der holländischen und belgischen Bergarbeiter. Sichtlich hatten auch Reichsbanner, Freidenkerorganisationen und Sportvereine Vertreter entsandt.

Postschaffner treibt Spionage

Er unterschlug Briefe an das Reichswehrministerium

In Berlin-Moabit hat der St hrliche Berlin-Postschaffner Ernst Schulz seinen Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Von seinem Selbstmord hat Schulz, der Postschaffner der D rge Berlin-Weischen und Berlin-Prezident gewesen war, das Geständnis abgelegt. Schulz h. J. die laufende Post des Reichswehrministeriums in Berlin mit den üblichen Kommandostellen, insbesondere mit der ersten Kavallerie-Division in Frankfurt (Oder), unterschlugen sie zum Photostupieren eines Agenten Solens und erst mit Verhängnis ihrem Empfänger angestellt zu haben.

Die, und zwar insbesondere solche des Reichswehrministeriums, überlassen. Zum ersten Mal unterschlug Schulz Witte Märzen einen Brief, der an die Postmeisterin in Frankfurt (Oder) gerichtet war. In Weischen übergab er den Brief dem geheimnisvollen Agenten, der ihn vorläufig öffnete und ihn bald wieder zurückgab, weil er angestrichelt nicht zustimmendes erhielt. Mit halbtägiger Verzögerung kam der Brief in Frankfurt (Oder) an. So ging es eine ganze Zeitlang mit zahlreichen Briefst ckungen. Das Reichswehrministerium stellte Nachforschungen an, die jedoch unabhängig ergebnislos blieben. Erst durch einen Untersuchungsbericht der Eisenbahner gelang es, Schulz am 6. Juni zu ertappen.

Als die Trauerfeier in der Hofkapelle der Grabe Anna II beendet war, bewachte sich der Hauptfriedhof mit 110 Opfern langsam dem neuen Alsdorfer Friedhof zu; die übrigen Opfer wurden in den Nachbarkirchen Schwanen und Rebersberg beigesetzt. Die brennenden Katernen aller Zufahrtstra en waren mit Trauerfleur umhüllt. An den Seiten der Straßen hand schweigend eine nationalsozialistische Menge in tiefer Ergriffenheit. Ein Flugzeug warf weiße Kränze ab. Als man die trauerige Sarglast von den Sautaus nahm, ließen die Kapellen die Kränze des K pferrollen Trauermarches ertönen. Gegen 11 - eine Stunde nach dem Beginn der Beerdigung in Weischen, um die Särge einzubetten. Es war die trauerige Särge, die das weltbewusstliche K pferrollen jemals erlebte. Als sie beendet war, stangen nicht, wie sonst beim S rgetrost, die Taglicht verdrängenden Wachen am F hrerwagen, sondern laute Rufe des Schmerzes weihen, vom Wind getragen, über das Feld: die

Entscheidendes Stadium im Frenzel-Prozess

Wird Frenzel immer unglaubw rdiger? Hatte sie ein Verhältnis mit Harter Schenk?

Der Frenzel-Prozess in Potsdam ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Ein Zeugnis aus K rterbauern hat angelegt, das ihm Gertrud Frenzel Mitteilungen gemacht habe, nach denen sie an einer unglücklichen Stelle, der Gefolge, zu dem sie in nahen Beziehungen steht, sei ein Harter. Ein anderer Zeugnis sollte sein, daß Gertrud Frenzel in Westfalen, h lbe Nächste lang herangewandert habe. Die Briefe ihres geistlichen Freundes habe sie mit gr o ter Spannung erwartet. Diese Mitteilungen, die im Widerspruch zu früheren Aussagen der Gertrud Frenzel stehen, veranlassen das Gericht, das junge W dchen nochmals zu laden. Die Gegenberichtigung mit den erwiderten Bezeugungen wird Mitte der Woche erfolgen. Der Staatsanwalt hat im Laufe der Verhandlung Gertrud bisherige Aussagen in einem bestimmten wesentlichen Punkte ebenfalls für unglaubwürdig gehalten. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärte Gertrud am Sonnabend, daß sie nicht mehr die Prozessbeichte in den Zeugnissen liefe. Später erklärte sie folgenden:

„Was gellern von den Zeugen angelegt worden ist, das stimmt nicht!“ Als der Vorsitzende nun fragte, warum sie wisse, wer am Freitag vernommen worden lie, machte sie suggesten, daß sie die Prozessbeichte in d. d. Reimung an zwar selbst nicht liefe, sie lie aber von ihrem Vormund, dem Dr. Stappenberg in Potsdam, vorgelesen bef me. ... Die weitere Jugendvernehmung am Sonnabend beschl ssigte sich mit den Vorgängen in Berlin-Reichenow, in Westfalen, um berechtigt, Frenzel feierweise mit verurteilt werden lie. Gertrud Frenzel blieb bei ihrer Darstellung, die der Staatsanwalt neuerdings selbst nicht mehr als reiflos glaubwürdig zu halten vermag.

Der Halberstädter Prozess

Entlastung Kochs - Schlechtes Licht auf Frau Koch

Die Sonnabend-Sitzung im Reichsgericht hat den Halberstädter Prozess behandelte, insofern eine weitere Entlastung für den Angeklagten Koch, als seine Frau, auf deren Befehlsgebungen die Anklage basiert, durch verschiedene Befundungen sehr belastet wird. Frau Koch soll wiederholt zu Dorfbesuchen gelang haben.

Ein andermal soll Frau Koch wieder in Antweiler bei der Schindlerin während eines erheblichen Streites ihrem Mann gegenüber haben: „Wenn ich nur w rdte, daß ich die 11 000 M. Wohnung habe, dann möchte ich etwas anderes. Dann k mmt du mir nicht wieder in ein Quartier, du Eitel!“ Der Mann war der Juger befristet die Aussagen.

Die Verteidigung gab fernerhin bekannt, daß sie ein von Einwohnern des Dorfes Hofm unterzeichnetes Schreiben erhalten habe, demzufolge Frau Koch zu einer anderen Dorfbesuchlerin, die von ihr ein Darlehen von 500 M. zur ckverlangte, erklärt habe, sie solle nur warten, wenn „alles flapper“ w rdie sie im Herbst zu ihrem Gelben kommen. Schließlich wurde auch die Schindlerin des Angeklagten vernommen. Sie auslegte, daß Frau Koch einmal unter Tränen die Befriedigung abgegeben habe.

Der Reichsgerichtsdirektor geht seinem Ende entgegen. Es sind bereits sämtliche Zeugen vernommen. Die noch nicht abgeschlossene Vernehmung von Frau Koch und ihrer beiden S hne wird heute zu Ende geführt. Heute sollen auch die W dchen beginnen, so daß die Möglichkeit besteht, daß

daß sie befristet wurde, daß ihr Mann am 18. und 19. Februar überhaupt nicht aus dem Hause gekommen lie.

ausgesprochen wird. In der Sonnabendverhandlung befandete der Reichsgerichtsdirektor, daß es eine ganze Reihe an der Seite des Todes berüchtigt worden seien. Man habe auch eine Bitte derjenigen Personen aufgestellt, die wegen Raubvergehens befristet sind.



